

„Freiwillig geht sowieso niemand früher in Rente“

Die Unternehmen sollen die Arbeit so organisieren, dass die Beschäftigten überhaupt die Chance haben, bis 67 durchzuhalten, fordert Jörg Hofmann, IG-Metall-Chef in Baden-Württemberg. Die Rente mit 67 lehnt er trotzdem ab.

SZ: Herr Hofmann, EADS hat die Gewerkschaften vor Streiks bei Airbus mit der Begründung gewarnt, die Werke seien hoch verwundbar. Betrachten Sie das als Mahnung oder als Ermutigung?

Hofmann: Wir werden Belegschaften, die derart in Unsicherheit gebracht wurden, kaum davon abhalten können, ihren Unmut zum Ausdruck zu bringen. Und wir wollen es auch nicht, solange das Management ohne nachvollziehbares Konzept agiert.

SZ: Wie verwundbar sind die Werke?

Hofmann: Sie sind Teil eines Herstellungsverbunds und gut ausgelastet.

SZ: Sie haben am Dienstag Ihre Funktionäre zusammengetrommelt, um erneut gegen die Rente mit 67 zu protestieren. Wie sollen denn die Renten finanziert werden, wenn wir alle länger leben?

Hofmann: Zunächst einmal brauchen wir mehr voll sozialversicherungspflichtige Jobs in den Betrieben – und kein Ausufer von prekärer Beschäftigung, wie es auch durch die Politik gefördert wird. Hierzu müssen zum Beispiel die Mini-Jobs deutlich zurückgefahren werden. Davon abgesehen, wehren wir uns nicht dagegen, wenn die Menschen später als bisher in Rente gehen – also länger arbeiten als bis 60, wie es jetzt der Normalfall ist. Das hat aber etwas mit Arbeitsbedingungen in den Betrieben zu tun. Auch heute muss man ja Abschlüsse hinnehmen,

wenn man vor 65 in Rente geht. Freiwillig macht das keiner. Aber die Leute fühlen sich gesundheitlich verschlissen.

SZ: Wie kann man das verhindern?

Hofmann: Zum Beispiel durch Änderungen in der Arbeitsorganisation: also indem ein Arbeiter nicht tagein, tagaus dieselben Körperbewegungen machen

musst, sondern indem man ihm durch Rotation regelmäßige Belastungswechsel ermöglicht. Oder indem endlich mit lebenslangem Lernen Ernst gemacht wird, so dass die Menschen sich entwickeln können. Allerdings ist der Kostendruck in vielen Unternehmen so hoch, dass viele eher die Produktion ins Ausland verlagern werden, als tatsächlich Arbeit für Ältere zu ermöglichen. Dieses Problem wird durch die Rente mit 67 noch verschärft: Wenn die Fabriken in Deutschland eine überalterte Belegschaft haben, werden vor allem international aufgestellte Unternehmen lieber ein Werk in Osteuropa aufmachen, mit jungem, billigem Personal.

SZ: Also können Sie Ihre Idee vom altersgerechten Arbeiten sowieso gleich vergessen.

Hofmann: Das würde ich so nicht sagen. Bei Angestellten oder im Maschinenbau ist es wohl möglich. Im Bereich der einfachen Tätigkeiten ist dies jedoch schwieriger durchzusetzen. Dort scheuen die Firmen die notwendigen Investitionen. Aber hier haben wir arbeitsmarktpolitisch die größten Probleme.

SZ: Haben Sie Alternativen zur Rente mit 67?

Hofmann: Mit der Erhöhung des gesetzlichen Rentenzugangsalters werden die bestehenden Probleme nur noch verschärft, nicht gelöst. Zudem: Jede gesetzliche Norm des Rentenbeginns muss einhergehen mit Regelungen, die einen flexiblen und differenzierten Übergang in die Rente ermöglichen. Daher muss Altersteilzeit, in welcher Form auch immer, über das Jahr 2009 hinaus von der Bundesagentur für Arbeit gefördert werden. Auch könnte der Staat den Zugang zur Teilrente erleichtern, bei der die Arbeitnehmer sowohl Rente erhalten als auch hinzuverdienen dürfen. Ich vermerke positiv, dass zu alledem nun auch in der SPD erste Vorschläge entwickelt werden. Das

ändert aber nichts an meiner grundsätzlichen Kritik der aktuellen Rentenpläne.

SZ: Nächste Woche beginnt die Tarifrunde. Warum sperren Sie sich so gegen Einmalzahlungen?

Hofmann: Weil Einmalzahlungen nach den Vorstellungen der Arbeitgeber prozentuale Lohnerhöhungen ersetzen sollen. Eine gerechte Beteiligung der Arbeitnehmer am Unternehmenserfolg verlangt jedoch, dass die Löhne sich dauerhaft entwickeln, wie ja auch Inflation und Produktivität.

SZ: Bei der Tarifrunde im vergangenen Jahr hat die IG Metall jedoch einen Mix aus Lohnsteigerung und Einmalzahlung akzeptiert.

Hofmann: Wir haben mit dem Betrag von 310 Euro die drei Monate bis Juni überbrückt, in dem die Lohnerhöhung von 3 Prozent in Kraft getreten ist. Dazu sind wir immer dann bereit, wenn zum Ende der Laufzeit des alten Tarifvertrags die Verhandlungen über den neuen noch nicht fertig sind. Nur 1999 haben wir uns auf den von Gesamtmetall präferierten Mix eingelassen: 3,2 Prozent Lohnerhöhung plus 0,9 Prozent Einmalzahlung waren damals das Ergebnis einer Schlichtung. Da standen wir kurz vor dem Arbeitskampf. Im Ergebnis war dann die folgende Tarifrunde mit 0,9 Prozent vorbelastet. Im Grunde ist dies kein sinnvoller Lösungsvorschlag, sondern steht gegen eine verlässliche Lohnpolitik, die die Menschen fair beteiligt.

Interview: Detlef Esslinger